

45. Sitzung des Bundesrates vom 20. Juni 1952

Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.  
Abwesend: --  
Schriftführer: Herren Bundeskanzler Oser und Vizekanzler Weber.  
Protokolle: --  
Beginn: 10.00 Uhr. Schluss: 12.30 Uhr.

Gefangenenlager in Südkorea (Fortsetzung).

Herr Petitpierre: Habe Kenntnis von einem Telegramm, wonach die Schwedische Regierung noch keinen Beschluss gefasst hat. Mit den Russen hat es für Schweden eine neue Lage gegeben.

Die Regierung von Indien ist eher negativ eingestellt. Sie findet, dass für einen Bericht über die letzten Ereignisse eine Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte. Mit dem Bericht über den Gesundheitszustand müsse das Rote Kreuz beauftragt werden.

Werde noch unserer Gesandtschaft in Washington Auftrag geben, genau abzuklären, was man von uns will.

So beschlossen.

Falsche Domizilausweise.

Herr Petitpierre: Ich muss auf eine kleine Anfrage Dellberg antworten. Das Geschäft muss aber in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Herr Feldmann: Ich werde einen schriftlichen Bericht unterbreiten und mündlich ergänzen.

Herr Escher: Es wurde mir bestätigt, dass es nur auf Grund einer Indiskretion möglich wurde, dass Dellberg das weiss.

Verlängerung des Anstellungsverhältnisses von Herrn Geissbühler.

Herr Bundespräsident: Eine Eingabe von 60 Parlamentariern, die sich dafür verwenden, dass Herr Geissbühler noch während eines Jahres bleiben kann, wird dem Finanz- und Zolldepartement zum Bericht und Antrag überwiesen.

Kriegsmaterialausfuhr nach USA.

Herr Etter: Ich bin mit den Anträgen des EMD einverstanden.

Herr Petitpierre: Herr Bührle wird den Eindruck haben, dass wir ihn in seiner industriellen Tätigkeit hemmen wollen. Er hat schon wiederholt gedroht, dass er seinen Betrieb ins Ausland verlegen werde. Wir laufen deshalb mit dem Antrag des EMD gewisse Risiken. Wenn



wir allzu strikt sind, werden wir auch mit den USA Schwierigkeiten bekommen. Darauf sollten wir aber nicht allzuviel Rücksicht nehmen.

Die Waffenausfuhr nimmt einen Umfang an, der zuletzt die 200 Mio Fr. erreicht. Das EMD sollte uns noch die genauen Zahlen geben. Wenn wir dieses Jahr die Ausfuhr gegenüber früher vervielfachen, wird das im Lande eine grosse Aufregung geben. Es ist auch damit zu rechnen, dass die Kommunisten die Situation stark ausnützen werden.

Herr Bundespräsident: Wir haben die statistischen Angaben gemacht. Diese 120 Millionen verteilen sich auf 2 Jahre.

Herr Rubattel: Die Handelsabteilung findet, dass wir mit den USA keine zu grossen Schwierigkeiten bekommen werden wegen der Waffenausfuhr. Herr Zipfel befürchtet, dass wir gewisse Risiken laufen wegen der Beschaffung von Rohstoffen, vor allem von Buntmetallen. Wir haben aber heute schon eine Reihe kleiner Konflikte, z.B. Frage unserer Ausfuhr nach den Oststaaten, unseren Uhrenexport, unseren Käseexport nach den USA. Man muss auch daran denken, wieviele Arbeiter Bührle beschäftigt. Könnte man nicht Herrn Bührle kommen lassen und ihn auf unsere Schwierigkeiten aufmerksam machen und ihm nahelegen, die Waffenausfuhr einzuschränken. Wenn jetzt der Plafond so gross wird, haben wir später kaum mehr die Möglichkeit zurückzugehen.

Herr Escher: Wir müssen uns einmal entscheiden. Ich sehe keinen anderen Weg als dem EMD zuzustimmen. Diesen Beschluss sollte der Herr Bundespräsident Herrn Bührle mündlich eröffnen.

Herr Feldmann: Zu beanstanden ist vor allem, dass Herr Bührle mit den ausländischen Staaten hinter dem Rücken des Bundesrates verhandelt hat. Wie können wir Herrn Bührle daran hindern, das weiterhin zu tun?

Zum Antrag 1: Wir verlangen die Reduktion im Interesse unserer eigenen Rüstung. Wenn wir durch diese Ausfuhr die eigene Rüstung gefährden, so bleibt uns nichts anderes übrig, als die Reduktion zu verlangen.

Zum Antrag 2: Da kann man ohne weiteres zustimmen.

Es sind drei Aspekte zu beachten: der politische, der militärische und der volkswirtschaftliche. Vom rechtlichen Standpunkt aus ist diese Ausfuhr erlaubt.

Das Risiko, die eigene Rüstung zu gefährden, wiegt schwerer als das politische Risiko.

Herr Weber: Grundsätzlich sollte die Schweiz kein Kriegsmaterial ausführen, aber man kam diesen Grundsatz nicht durchführen. Der Export von Kriegsmaterial soll sich in sehr engen Grenzen halten, etwa in den Grenzen des letzten Jahres. Der Ausdruck "réduction sensible" ist sehr unpräzise, was heisst das? Ich sehe allerdings auch ein, dass wir Herrn Bührle nicht gut vorschreiben können, wie viel es sein muss. Man sollte sich möglichst an das bisherige Ausmass halten.

Das Argument wegen der Beschäftigung von 1000 Arbeitern ist

für mich nicht ausschlaggebend. Die Gefährdung wird sowieso eintreten, wenn die Aufrüstung zurückgeht. Je stärker jetzt diese Beschäftigung forciert wird, desto schlimmer sind wir dran in Friedenszeiten. Dieses Risiko laufen wir auf alle Fälle. Je mehr Export wir zulassen, desto grösser ist der Rückschlag.

In den USA sind die verschiedenen Departemente sehr weit auseinander. Die Befürchtung, dass wir Schwierigkeiten bekommen mit der Lieferung von Buntmetallen und andern Rohstoffen, weil wir die Waffenlieferung einschränken, ist bei mir nicht sehr gross.

Herr Etter: Bührle war einer jener Industrieller, der als die Krise eintrat, die Ingenieure und die Arbeiterschaft durchgehalten hat. Er hat 58 Mio Franken aus seinem Vermögen drauf gelegt. Das Risiko, dass bei einem Rückgang der Rüstungsaufträge Herr Bührle die Arbeiter auf die Strasse stellen wird, ist nicht vorhanden.

Herr Bundespräsident: Unsere eigene Rüstung wird durch diesen Auftrag nicht stark beeinträchtigt. Unser Bedarf an Raketen ist gedeckt. Dagegen wiegt das Bedenken, dass wir aus Konjunkturgründen mit der eigenen Rüstung zurückhalten, während Bührle sich nicht darum kümmert und das Arbeitsvolumen noch vermehrt.

Ich möchte nicht Herrn Bührle den Vorschlag machen, wie er Mass zu halten habe. Er soll uns seine Vorschläge unterbreiten.

Wir haben Grund, uns in verschiedenen Beziehungen über Herrn Bührle zu beklagen. Er hat eine Art Werkspionage betrieben bei der KTA, orientiert uns aber nicht über seine eigenen Arbeiten.

Man sollte ihm einmal durch ein Schreiben des Gesamtbundesrates den Standpunkt klar machen.

Herr Rubattel: Verlangen wir nur eine Staffelung des Auftrages oder auch eine Reduktion? Ich glaube, dass es besser wäre, Bührle die Lage in einer persönlichen Besprechung auseinanderzusetzen. Nachher kann man das durch Brief bestätigen.

Herr Bundespräsident: Wir schreiben ihm, dass wir bereit sind ihn zu empfangen. Zuerst Brief, dann Konferenz.

Herr Petitpierre: Man sollte doch mit ihm diskutieren. Ich glaube, es wäre vielleicht gut, dass das Politische Departement mit ihm spricht. Mit Schreiben stossen wir ihn nur vor den Kopf. Er hat doch bereits einen Vertrag mit USA abgeschlossen. Es wird also kaum möglich sein, eine Reduktion zu erlangen. Wir sollten ihm deshalb unsere Bedenken möglichst eindrücklich schildern.

Ich stelle fest, dass sie an sich mit unsern Anträgen einig gehen, und dass es sich noch um die Frage der Form der Mitteilung handelt.

Herr Bundespräsident: Sollen wir schreiben, oder sollen wir Besprechung haben?

Herr Etter: Ich würde Herrn Bührle persönlich durch Herrn Petitpierre empfangen und Angelegenheit mit ihm besprechen.

Herr Feldmann: Der Herr Bundespräsident will durch das Schreiben Herrn Bührle über den Standpunkt des Bundesrates informieren.

Man kann ihm aber auch an einer mündlichen Besprechung den Standpunkt des Bundesrates eröffnen. Es fragt sich also zuerst, ob der Bundesrat als Kollegium der Meinung ist, dass man von Bührle Masshalten verlangt. Ich würde dann eine Konferenz durchführen mit Verhandlungsprotokoll. Das Ergebnis würde nachher in einem Schreiben an Bührle festgehalten.

Herr Weber: Ich verstehe, dass man ihm schreiben will. Man sollte ihm sagen, dass es unerhört sei, dass er solche Abmachungen mit dem Ausland trifft, ohne den Bundesrat vorher zu orientieren.

Herr Bundespräsident: Wir schreiben ihm also, dass sich der Bundesrat mit der Angelegenheit befasst hat und laden ihn zu einer Besprechung ein. Im Schreiben teilen wir ihm mit, dass der Bundesrat die Reduktion verlangt sowie eine Ausdehnung der Fristen.

Herr Petitpierre: Ich möchte lieber die Sache möglichst unformell behandeln. Ich hätte mich mit ihm durch Herrn Minister Zehnder in Verbindung gesetzt und dann eine Besprechung gehabt ohne jede Dramatik.

Herr Bundespräsident: Der Antrag des Politischen Departementes ist angenommen.

Herr Rubattel: Es ist verschiedentlich bemängelt worden, dass es nicht korrekt sei, dass Bührle nicht vorher Fühlung mit dem Bundesrat aufgenommen habe, bevor er die Geschäfte abgeschlossen hat. Kann man das wirklich von ihm verlangen? Kann man verlangen, dass er uns über seine Aufträge orientiert?

Herr Bundespräsident: Ich bin bereit, die Verhandlungen zu leiten an einer richtigen Konferenz mit ihm, an der ihm der Standpunkt des Bundesrates deutlich bekanntgegeben wird.

Herr Petitpierre: Ich habe das Gefühl, wenn wir die Sache zu formell aufziehen, kommen wir nicht zum Ziel. Wir hatten letztes Jahr eine solche Konferenz, die hat nicht viel genützt. Bevor wir bei Bührle etwas ausrichten können, müssen wir eine günstige Atmosphäre schaffen. Es braucht nicht zwei oder drei Bundesräte, um mit Bührle zu verhandeln.

Herr Feldmann: Ich möchte einen Vermittlungsantrag stellen. Herr Bührle hat auch ein Gesuch beim Justiz- und Polizeidepartement anhängig. Könnte nicht der Chef des EMD mit mir zusammen Herrn Bührle empfangen. Wir könnten der Sache einen gewissen Nachdruck geben, weil er auch vom Justiz- und Polizeidepartement etwas will.

Herr Rubattel: Die gute Lösung ist die des Politischen Departementes. Das einzige, womit man Bührle überzeugen kann, sind unsere politischen Bedenken. Sollen wir Bührle bitten, dass er uns seine Aufträge bekannt gibt?

Herr Bundespräsident: Sind wir also dafür, dass Herr Petitpierre ihn empfängt?

Herr Petitpierre: Ich lege persönlich keinen besonderen Wert darauf, Bührle zu empfangen. Ich habe den Vorschlag nur gemacht, um zu einer Lösung zu kommen. Ich habe den Eindruck, dass es nicht sehr gut geht zwischen Herrn Kobelt und Herrn Bührle.

- 5 -

Herr Bundespräsident: In der ganzen Angelegenheit sind die politischen Argumente entscheidend. Deshalb soll entweder Bundespräsident und Chef des Politischen Herrn Bührle empfangen, oder dann Herr Petitpierre allein.

Herr Petitpierre: Vielleicht könnte das Politische Departement nur den Boden vorbereiten für eine nachträgliche Konferenz mit dem Bundespräsidenten und dem Politischen Departement zusammen.

Ich will noch etwas die psychologischen Probleme überlegen. Wir sollten dann am nächsten Dienstag Beschluss fassen.

So beschlossen.

Einladung Venezuela vom 5. Juli 1952.

Herr Rubattel wird gehen.

Landwirtschaftsgesetz. Konsultativkommission.

Herr Rubattel: Ich habe zwei Varianten vorgelegt. Sollen wir 5 oder 6 Vertreter des Bauernverbandes nehmen?

Herr Weber: Es handelt sich bei mir nicht um die Zahl. M.E. sollte man dem Städteverband auch eine Vertretung geben.

Herr Rubattel: Die Hotellerie <sup>gehört</sup> ~~kommt~~ eher dazu als der Städteverband. Vielleicht könnte man den Städteverband in der Rolle eines Ersatzmitgliedes bestimmen.

Herr Escher: Werden diese sechs vom Bauernverband bezeichnet?

Herr Rubattel: Wir haben für jeden Sitz einen Dreivorschlag verlangt. Ich werde diese Vorschläge dann noch bekannt geben.

Beschluss: Der Lösung mit 6 Vertretern des Bauernverbandes wird der Vorzug gegeben. Die Frage der Berücksichtigung des Städteverbandes wird dem Departement überlassen.

Verankerung der Preiskontrolle:

Herr Rubattel: Die Debatte ist im allgemeinen friedlich verlaufen. Ich habe den Eindruck, dass der Ständerat sich noch stärker dagegen aussprechen wird.

Herr Etter: Nachdem nun der Entscheid gefallen ist, müssen wir dem Volkswirtschaftsdepartement die Freiheit lassen für das weitere Vorgehen.

Jahresversammlung der IATA vom 15.-19. September 1952.

Es wird beschlossen, Herrn Bundesrat Escher abzuordnen.

Rüstungsfinanzierung und Radiopropaganda.

Herr Weber: Es sind Gespräche am Runden Tisch vorgesehen. Ich bin der Meinung, dass auch ein Mitglied des Bundesrates sprechen sollte, denn es gibt wahrscheinlich eine sehr intensive Gegenpropaganda durch die Aktion gegen überflüssige Steuern und diejenige gegen die Getränkesteuer. Für die Vorlage gegen diese sehr intensive Aktion setzt sich kaum jemand ein.

Herr Etter: Unbedingt muss ein Mitglied des Bundesrates am Radio sprechen. Schwierig ist es, für die Aktion die finanziellen Mittel aufzubringen. Der Chef des Finanz- und Zolldepartementes soll die Aufgabe der Aufklärung am Radio übernehmen.

Herr Weber: Ich bin bereit, das deutsche Referat zu übernehmen. In der welschen Schweiz sollte ein welsches Mitglied des Bundesrates sprechen.

Beschluss: Als Redner am Radio werden bestimmt: Herr Bundesrat Weber und Herr Bundesrat ~~Feldmann~~  
*Petitpierre*

Internationaler Kongress für Kirchenmusik v. 30.8.-4.9.52 in Bern.

Herr Vizepräsident Etter wird ersucht, das Ehrenpräsidium zu übernehmen.

Dem Begehren wird entsprochen.

König Talal von Jordanien. Artikel der Tagwacht.

Herr Escher macht darauf aufmerksam, dass die Tagwacht detaillierte Auskünfte über die mit dem Aufenthalt des Königs Talal verknüpften Probleme gibt.

Herr Petitpierre: Ich bin auch erstaunt, woher die Tagwacht so gut informiert ist.

Herr Weber: Es handelt sich bestimmt um eine ausländische Quelle.

Besuch des K.P. des Bundesrates durch die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission.

Herr Bundespräsident: Die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission hat den Wunsch geäußert, den K.P. des Bundesrates zu besichtigen. Wenn wir so viele Leute hereinnehmen, dann wird der K.P. allgemein bekannt.

Herr Rubattel: Man sollte ihnen das klar machen und versuchen, sie zum Verzicht zu bewegen.

Herr Bundespräsident: Ich habe Herrn Favre alle Argumente auseinandergesetzt, wegen welcher wir den Wunsche nicht entsprechen können. Er hat aber weiter insistiert und erklärt, man dürfe der Kommission alles Vertrauen schenken.

Herr Etter: Es handelt sich nicht darum, den Herrn Vertrauen zu schenken. Würde man das bewilligen, dann würde die ganze Nachbarschaft zusammenlaufen, was gar nicht im Interesse einer möglichst Geheimhaltung des K.P. liegen würde.

Herr Petitpierre: Wir sollten in aller Form erklären, dass der Bundesrat wünsche, dass der Besuch der Festung unterbleiben möge.

Textilarbeiterverband. Audienz.

S. ordentliches Protokoll vom 27. Juni.

Herr Rubattel: Dieser Verband hat das Gesuch gestellt, von einer Delegation des Bundesrates empfangen zu werden.

Beschluss: Die Herren Rubattel und Weber werden für diese Besprechung delegiert.

Schweiz. Hotelierverein. Audienz.

Herr Bundespräsident: Der Verband bittet, eine Delegation von 5 Mitgliedern zu empfangen.

Herr Rubattel: Wir sollten sie nicht empfangen. Der Bundesrat sollte zuerst Stellung nehmen zu einem Bericht des Volkswirtschaftsdepartementes.

Beschluss: Die Angelegenheit wird verschoben bis der Bundesrat Kenntnis vom Bericht genommen hat.  
(S. auch ordentliche Protokolle.)

Schweiz. Jodlerfest in St. Gallen.

Herr Etter: Wir sollten dazu übergehen, mehr Zurückhaltung zu üben mit diesen Abordnungen.

Herr Bundespräsident: Ich würde absagen.

Romainmôtier, 1500-Jahrfeier.

Da die Feier mit der Zentenarfeier von Zug zusammenfällt, wird beschlossen, Herrn Bundeskanzler Oser abzuordnen.

Waffenbestellung von Pakistan.

Herr Bundespräsident: Pakistan möchte einen grösseren Auftrag für 10,5 cm Haubitzen in der Schweiz placieren. Die Schwierigkeit liegt hier darin, dass die Geschütze in den eidg. Werkstätten montiert werden müssten.

Beschluss: Die Akten gehen an das Politische Departement zur Prüfung.

Kraftwerk Rheinau.

Herr Escher: Wegen der Uebertragung ist ein neuer Entscheid nötig. Eine andere Haltung ist wohl nicht mehr möglich.

Die Volksabstimmung von Schaffhausen zwingt uns zu einer begründeten Stellungnahme. Wir haben Verhandlungen zugesagt, diese haben stattgefunden. Die Zürcher Regierung drängt uns zu einem Entscheid.

Wir müssen entweder festhalten oder die Konzession zurückziehen. Wenn wir einen Entscheid fällen, müssen wir ihn eingehend begründen. In den Mitberichten möchte man unsere Motive abschwächen.

Differenzen mit dem Justiz- und Polizeidepartement werden direkt diskutiert.

Die Vorwürfe von Herrn Dr. Bindschädler vom Politischen Departement sind unbegründet. Wir haben schon 1951 der Abteilung für Internationale Organisationen mitgeteilt, dass wir an Baden geschrieben haben. Wir müssen unseren Standpunkt auch in internationaler Beziehung erläutern.

Die Kreise des Natur- und Heimatschutzes distanzieren sich von der Art und Weise wie gekämpft wurde.

Am Dienstag sollten wir den Entscheid fällen.

Was eine Druckausübung auf die deutschen Konzessionäre betrifft, so haben wir alles versucht. Sie haben uns erklärt, wir können nicht warten, wir müssen jetzt bauen. Es ist völlig unnütz, jetzt nochmals zu versuchen.

Herr Etter: Es handelt sich bei den Bemerkungen in den Mitberichten darum, dass nicht auch beim Bundesrat ein Missverständnis entsteht. Was den Beschluss selbst anbelangt, komme ich auch dazu, dass wir nicht zurückkommen können.

Der Bericht des Post- und Eisenbahndepartementes enthält sämtliche Motive des Bundesrates. Ein Teil davon kann mitgeteilt werden, von andern wünschen die Departemente, dass sie nicht angeführt werden.

Auch ich habe eine solche Auffassung betr. die Motivierung der Stellungnahme zum Natur- und Heimatschutz. Art. 21, Abs. 2, wird im Bericht so restriktiv interpretiert, dass ich nicht einverstanden bin. Wir können auf diese Ausführungen verzichten, ohne dass der Motivierung Eintrag getan wird.

Herr Bundespräsident: Aus den Mitberichten geht hervor, dass kein anderer Antrag gestellt wird, und dass man einzig eine andere Motivierung wünscht.

- 1) In der Frage des Heimatschutzes gewisse Sachen weglassen.
- 2) Auf die Frage Schadenersatz nicht so ausführlich eintreten.
- 3) Motivierung beim Staatsvertrag mit Baden etwas vorsichtiger fassen. Zurückgreifen auf Botschaft und auf Staatsvertrag. Springender Punkt: Frage, ob Schifffahrt schon dabei war.

Das Departement wird mit den andern Departementen, die Mitberichte eingereicht haben, verhandeln und neuen Vorschlag einreichen.

Herr Petitpierre: Heute wurde Ihnen irrtümlich ein Bericht des Politischen Departementes zugestellt. Sie können diesen in den Papierkorb werfen; es ist ein alter Entwurf, der nicht mehr massgebend ist.

Politisches Dept.: Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Charakters.  
Conseil international du blé.

Interparlamentarische Tagung in Bern:

Herr Petitpierre: Das Organisationskomitee hat freie Fahrt auf den Bahnen und mit den Postkursen verlangt. In allen Ländern hatte man bisher diese Vergünstigung bewilligt.

Herr Escher: Herr Senarclens hat das Begehren gestellt, SBB und PTT möchten Erleichterungen bewilligen. Beide haben negativ geantwortet. Es habe so viele Kongresse in der Schweiz, dass man da auf eine schiefe Bahn gerate, wenn man mit solchen Ausnahmen anfange. SBB hat dann erklärt, dass sie Ausnahme bewillige, wenn der Bund ihr den Ausfall als bahnfremde Last vergüte. Sie schlagen vor, den Teilnehmern ein 15-tägiges Feriengeneralabonnement auszustellen. SBB würden auf den Anteil von 50 % verzichten, Rest müsste Bundeskasse übernehmen. Die Schwierigkeit liegt vor allem bei den Privatbahnen.

Herr Etter: Ich glaube nicht, dass das Konsequenzen hätte für die Zukunft, wenn wir dem Wünsche des Organisationskomitees entsprechen. Bei solchen offiziellen Staatsbesuchen sollten wir möglichst weit entgegenkommen. Lösung mit Bezahlung der halben Taxe ist doch eine Zumutung der SBB.

Herr Bundespräsident: Die SBB verkennen den Wert der Fremdenwerbung.

Herr Petitpierre: Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, dass sie in andern Ländern gratis fahren können.

Herr Feldmann: SBB übersehen, dass es sich um eine Massnahme im Interesse des Landes handelt. Wenn der Bundesrat der Meinung ist, er müsse diese Union einladen, dann muss er auch schauen, dass wir uns nicht blamieren vor unseren Gästen. Wir sollten der SBB die Weisung erteilen.

Herr Weber: Die SBB sollten veranlasst werden, den Leuten Freikarten auszustellen, die für die Dauer des Kongresses befristet sind. Bund soll die Kosten übernehmen für die Strecke der Privatbahnen. Den Wunsch des Bundesrates sollte man den SBB mitteilen.

- Politisches Dept.:  
(Forts.)      Herr Petitpierre: Ich bin gegen halbe Massnahmen. Während der Dauer des Kongresses könnten sie diese Freikarten nicht ausnützen, da sie dann durch den Kongress beansprucht werden.
- Beschluss: Der Chef des Politischen Departementes wird beauftragt, zusammen mit dem Chef des Post- und Eisenbahndepartementes eine Lösung zu finden und mit den SBB und den Privatbahnen zu verhandeln.
- Dept. des Innern:      Verbauung der Moesa. Graubünden.  
                          ETH. Schenkung Hasler A.G.
- Justiz- und Polizei-  
departement:      Angelegenheit Karpati Josef / Czako Elemer.  
                          Kleine Anfrage Jaeckle.
- Militärdept.:      Kleine Anfrage Eggenberger-Uzwil.  
                          Begnadigungsgesuch Schmid.
- Finanz- und Zoll-  
departement:      Grenus-Invalidenfonds.  
                          Ueberwachung der Ausfuhr von Kernobst und Kernobsterzeugnissen; gewerbsmässige Anzucht, den Handel und die Einfuhr von Obstgehölzen.  
                          Dienstgebäude "Sihlhof", Zürich.
- Volkswirtschafts-  
departement:      Studium der Hagelbildung und Hagelabwehr.
-